

# Gerechter Lohn, gerechte Rente - die IG Metall zeigt Flagge

**„Gemeinsam für ein gutes Leben“. So heißt die Kampagne der IG Metall. Zur Kampagne gehörte eine umfangreiche Befragung von mehr als 450 000 Menschen. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Bundesregierung hat sich von den Erwartungen der Menschen entfernt. Dem will sich die IG Metall entgegen stellen. Unter anderem mit einer Großveranstaltung in Frankfurt/Main am 5. September. Das Motto lautet: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen“.**

Die IG Metall kritisiert, dass die Bundesregierung falsch auf die tiefe Rezession reagiert: „Die aktuelle Krise zeigt, dass zugunsten der Gier einiger Weniger immer noch die Interessen der Mehrheit geopfert werden“. Und was will die Mehrheit? Das Ergebnis der Befragung ist klar, sagt die Gewerkschaft: „Gerechte Entlohnung und Gerechtigkeit im Rentensystem wird am meisten gefordert.“ Zusätzlich verlangt Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall, dass die Belegschaften Anteile an den Unternehmen erhalten. Im Interview mit der FAZ sagte Huber am 23. August: „Beschäftigte sind gute Aktionäre, interessiert am langfristigen Erfolg der Unternehmen. Wenn es einen stabilen Anker gibt, dann sind es die Beschäftigten.“

Die folgenden Aussagen fanden bei den Befragten besonders große Zustimmung:

- „Die Rente mit 67 muss zurückgenommen werden.“ (80,9% Zustimmung) „Wir brauchen eine neue gerechtere Rentenversicherung, in die auch Selbständige und Beamte einbezogen werden.“ (72,6%)
- „Man muss von seiner Arbeit anständig leben können. Mindestlöhne müssen eingeführt werden.“ (78,1% „Gleiche Arbeit muss gleiches Geld bedeuten. Leiharbeit muss fair gestaltet werden.“ (72,1%)
- „Unternehmen müssen wirklich in die Pflicht genommen werden, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung machen können.“ (74,4%)
- „Kindergärten, Schulen und Hochschulen brauchen eine bessere Ausstattung und mehr Personal.“ (71,0%) „Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss mehr getan werden, indem die Kinderbetreuung verbessert wird.“ (62,1%)

- „Arbeitnehmer und Betriebsräte müssen mehr Rechte bekommen, um bei wichtigen Angelegenheiten in ihren Unternehmen mit zu entscheiden.“ (68,5%)

**Diese Aussagen unterstützt nur DIE LINKE. Wir fordern konkret:**

**Weg mit der Rente ab 67.** Rücknahme der Rentenkürzungen. Gesetzliche Rente so erweitern, dass alle einzahlen.

**Mindestlohn statt Lohndumping.** Gesetzlicher Mindestlohn, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro pro Stunde steigt und regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst wird. Besonders Frauen kommt der Mindestlohn zu Gute, denn 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten sind Frauen.

**Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss uneingeschränkt gelten:** für Frauen und Männer, in Ost und West, für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbeschäftigten.

**Belegschaften an den Unternehmen beteiligen und Rechte der Beschäftigten deutlich stärken.** Staatliche Hilfen nur im Tausch gegen Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften. Paritätische Mitbestimmung für sämtliche Unternehmen, die mehr als 100 Beschäftigte haben. Mitbestimmungspflichtige Entscheidungen erweitern.

**Recht auf qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen schaffen.** Ausbildungsplatzumlage statt wirkungsloser Versprechen. Wer nicht ausbildet, soll in einen Fonds einzahlen.

**Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.** Elterngerechtes Arbeitszeitgesetz, besserer Kündigungsschutz für Eltern und garantierte Rückkehr an den alten Arbeitsplatz. Rechtsanspruch für jedes Kind auf einen Betreuungsplatz und Ausbau eines hochwertigen und gebührenfreien Bildungssystems. Mehr ErzieherInnen und LehrerInnen besser ausbilden.

Redaktionsschluss: 3. September 2009